

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Postzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Metzger & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Die Pläne der Arbeitgeberverbände.

Das Sachverständigen Gutachten ist durch das Londoner Abkommen mit seinen enormen Belastungen für das deutsche Volk zur Lastsache geworden. Schwer ist die Belastung, schwer der Kampf um die Lastenverteilung. Die Lasten selbst sollen zum großen Teil von der Arbeiterschaft direkt und indirekt getragen werden. So will es die Regierung durch die Einbringung der Schutzollgesetze, so wollen es die Arbeitgeberverbände, die gegenwärtig wie am Anfang dieses Jahres wochenlang durch die bürgerliche Presse verkündet ließen, daß nur eine Herabsetzung der Löhne und eine verlängerte Arbeitszeit die Wirtschaft beleben und die deutsche Arbeiterschaft vor ihrem Untergange retten könne. Die Ungunst der Verhältnisse, die Auswirkung der Inflationswirtschaft, die unglückliche Kontraktion und nicht zuletzt die Schwächung der Arbeiterschaft in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung förderten die Pläne der Arbeitgeber, brachten aber nicht die erhoffte Besserung, sondern die Wirtschaftskrise verschärfte sich und führte fast zum vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft. Ein Betrieb nach dem anderen wurde geschlossen, und die Zahl der Arbeitslosen stieg. Eine Kampagne der Stilllegungen setzte ein, Kredit- und Geldmangel machten sich stark bemerkbar. Die Löhne sanken in ihrer Kaufkraft weit unter den Stand der Friedenslöhne, die Arbeitszeit wurde verlängert, und heute steht die deutsche Arbeiterschaft in der Entlohnung bedeutend schlechter als die Arbeiter in allen Industrieländern. Der Beigeordnete Haß von der Stadt Köln konnte vor 14 Tagen in London feststellen, daß dort der ungelernete Arbeiter einen Stundenlohn von 1,10 bis 1,20 Mk., der gelernte 1,50 bis 1,70 Mk. bei gleichen Preisen wie in Deutschland verdient. Dieses Resultat ist der erste Erfolg der Arbeitgeberverbände, und der zweite Schlag gegen die Arbeiterschaft wird gegenwärtig vorbereitet. In der „Köln. Zeitung“ vom 15. August beschäftigte sich Dr. Meißinger, Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, mit dem Sachverständigen Gutachten, der Frage der Lebenshaltung und der Sozialpolitik Deutschlands. Im Mittelpunkt seiner Erörterungen stellt Dr. Meißinger die Frage, ob der Satz im Sachverständigen Gutachten richtig ist: „Daß das deutsche Volk befähigt sei, die im Plan vorgesehenen Belastungen zu tragen, ohne unter eine Lebenshaltung herabzusinken, die derjenigen der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichbar sei“, und ferner, ob dieser Satz für die Gewerkschaften eine Grundlage abgeben kann für die Politik, die diese bei der Gestaltung der deutschen Arbeitsbedingungen verfolgen. Diese Frage verneint er. Nach Dr. Meißinger haben uns die Siegerstaaten die bisherige Wirtschaftsgrundlage genommen, was zur Zerrüttung der Wirtschaft bislang geführt hat und durch unsere eigene Schuld haben wir den Niedergang der Wirtschaft noch beschleunigt. Er schreibt:

Unsere eigene Schuld ist es, daß seit 1919 mindestens 30 Milliarden Produktionsstunden ausgefallen sind durch den unmorganisierten plötzlichen Übergang zum schematischen Achtstundentag. Durch Streiks, Aussperrung, Feiertage, Urlaub und andere soziale, vielleicht fortschrittliche, wirtschaftlich aber förende Maßnahmen.

Also die Arbeiterschaft bzw. die Gewerkschaften sind schuld, unsere eigene Schuld ist es, daß wir gegenwärtig so tief im Elend stecken. Man greift in unserer schnelllebigen Zeit auf Jahre zurück und stellt der Arbeiterschaft das Zeugnis der Unreife aus, für wirtschaftliche Notwendigkeiten kein Verständnis zu haben. Mit Verlaub, Herr Doktor! Hat nicht überall, wo zwingende Notwendigkeiten vorlagen, die Arbeiterschaft der Industrie in der Frage der Arbeitszeit Rechnung gehalten? Sehr oft wurden Überstunden gemacht, um ein höheres Lohnneinkommen zu erhalten, um nebenher noch einige Pfennige zu verdienen. War die ansgehungerte, nach den langen Kriegsjahren vollständig entkräftete Arbeiterschaft überhaupt noch in der Lage, mehr an Leistung herzugeben? Kommt es allein auf die Produktionsstunden an, oder hat nicht eine bestimmte Leistung innerhalb bestimmter Arbeitszeiten, die nicht allein auf der physischen Arbeitskraft, sondern in viel erhöhtem Maße auf die Arbeitsleistung und auf der Verbesserung der technischen Einrichtungen beruhen dürfte, einen wesentlichen Einfluß auf die Leistung im Produktionsprozeß? Der deutschen Industrie muß der schwere Vorwurf gemacht werden, der technischen Vervollkommnung, der besseren Arbeitsleistung nicht das nötige Interesse in der Nachkriegszeit entgegengebracht zu haben. In der Inflation war ja ohne größere Anstrengungen und Geschäftstätigkeit sehr viel Geld zu verdienen. Es lag im Wesen der Zeit, ohne jede Verbesserung der Produktionsmittel die Geldsacke zu füllen. Nicht Steigerung, sondern Verringerung der Produktion und somit Warenknappheit war das Ziel in der deutschen Industrie. Verfügt man jedes Verantwortlichkeitsgefühl, aber nicht durch Index und Tarifpolitik und durch das Übergewicht eines starren Organisationsprinzips, sondern durch die Raffgier der

Besitzenden, durch Wucher in der Zeit des größten Elends, in der sich die übergroße Mehrzahl des deutschen Volkes befand. Dr. Meißinger untersucht dann weiter die wesentlichen Belastungen durch das Sachverständigen Gutachten für den Staatshaushalt, für Eisenbahn und Industrie, und kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Industrie angesichts der ihr auferlegten Lasten nicht in der Lage sei, noch eine weitere Erhöhung der Löhne zu tragen. Er schreibt:

Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, daß für die bevorstehende Zukunft ein erheblicher Druck auf den derzeitigen Stand der Lebenshaltung des deutschen Volkes ganz unvermeidlich ist, und daß auch in diesem Punkt der Sachverständigenbericht einen verhängnisvollen Irrtum enthält. Der Druck wird nicht nur auf Lohn- und Lebenshaltung, sondern auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen, vor allem auch auf die Arbeitszeit wirken. Dem Bestreben des Sachverständigenberichts, den Absichten des internationalen Arbeitsamts in Genf haben wir deshalb den Satz entgegenzustellen, daß wir mehr arbeiten, sparsamer leben müssen, um

**Es**

zeigt sich jetzt, daß dort, wo in der Mitgliedschaft die Einigkeit wieder eingetreten ist, die Zahlstellen vorwärtschreiten. Damit zugleich

**geht**

es auch mit den Finanzen und mit der Abwehrfähigkeit gegenüber den Vorstößen der Unternehmer der organisatorischen Gesundung entgegen. Der Verband gewinnt

**wieder**

allmählich die Freiheit der Entschlußkraft, die ihm fehlte, als die Mitgliedschaft zerklüftet war. Hält dieser allgemeine Gesundungsprozeß an — woran nicht zu zweifeln ist —, dann geht es auf der ganzen Linie wieder

**vortwärts**

zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Verdrusse des Scharfmacherturns. Nicht noch einmal darf Unverstand unsere Reihen lichten.

überhaupt leben zu können, daß wir auch mehr arbeiten wollen, um frei zu werden, — deshalb auch keine Ratifikation des Washingtoner Abkommens von 1919 über den internationalen Achtstundentag.

Deutlicher und klarer brauchen wir es nicht zu hören. Die deutsche Arbeiterschaft weiß nun, was von den Arbeitgebern zu erwarten ist: verstärkter Lohndruck, weitere Arbeitszeitverlängerung und weiterer Abbau der Sozialgesetzgebung. Die Ausführungen der Arbeitgeberverbände können für uns aber nicht gelten und uns keinen Augenblick von unserer Bahn abbringen. Maßgebender sind uns die Feststellungen der Sachverständigenkommission, die sich aus Wirtschaftsautoritäten der Welt zusammensetzte, darunter auch Vertreter des Kapitals. Diese kamen zu dem Urteil, daß die reichen Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind.

Dieses Unrecht gut zu machen, ist Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft. Bei solcher Situation werden schwere wirtschaftliche Kämpfe unvermeidlich sein. Die Arbeiterschaft muß deshalb ihr Rüstzeug, die Gewerkschaften, ergänzen und stärken, wenn sie nicht ins Helotentum herabsinken will.

Paul Herwig, Köln.

### ☪☪☪ Aus der Industrie ☪☪☪

#### Chemische Industrie

Die Bürger des Achtstundentages an der Arbeit. In der „Gummi-Zeitung“ vom 29. August wendet sich der Syndikus der deutschen Gummi-Industrie, Herr Walter Lindemann, gegen die Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung auf die Gummi-Industrie. Er schreibt, daß vom Reichsarbeitsministerium eine unverbindliche Zusammenstellung jener Gewerbebranche und Betriebsanlagen, für die eine Beschränkung auf eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden in Frage kommen kann, ausgearbeitet ist. In dieser

Zusammenstellung sind unter Punkt 15 aufgeführt: „Anlagen zum Vulkanisieren von Kautschukwaren“.

Daß die Anwendung des § 7 der Verordnung auf „Anlagen zum Vulkanisieren von Kautschukwaren“ unberechtigt ist und über das Ziel hinauschießt, muß nach Ansicht Lindemanns auf der Hand liegen. Der Arbeitsminister selbst scheint inzwischen zu einer ähnlichen Auffassung gekommen zu sein, denn in seinem Schreiben an den Reichswirtschaftsrat vom 23. Juli ist unter Ziffer IX: „Anlagen zum Vulkanisieren von Gummiwaren“ folgende Einschränkung enthalten: „Die beim Vulkanisieren mit Schwefelkohlenstoff oder Chlorschwefeldämpfen beschäftigten Arbeiter“.

Wir erblicken in dem zweiten Schreiben des Arbeitsministeriums aber keine Einschränkung. Herr Lindemann will die Öffentlichkeit damit irreführen, als ob das Arbeitsministerium bereits zurückgewichen wäre. Das ist nicht der Fall. In der Verordnung vom 1. März 1902 heißt es im § 27: „In Vulkanisierräumen darf nur vulkanisiert werden. Arbeiter, die nicht mit Vulkanisieren beschäftigt werden, dürfen sich in solchen Räumen nicht aufhalten.“ Es sollen also nach wie vor die Kalt-Vulkanisierungsanlagen, für die die Verordnung von 1902 erlassen wurde, unter § 7 fallen.

Hierüber neue Bestimmungen zu erlassen, liegt kein Grund vor, denn die Betriebsanlagen und die Arbeitszeit in Vulkanisierungsanstalten sind durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 1. März 1902 geregelt.

In diesem Falle stimmen wir mit der Ansicht Lindemanns überein. Nach der Verordnung darf die Arbeitszeit beim Vulkanisieren täglich vier Stunden nicht übersteigen und nach zweistündiger Beschäftigung muß eine Arbeitspause von einer Stunde eintreten.

Die gesundheitsliche Maßnahme kann durch die Arbeitszeitverordnung nicht unwirksam gemacht werden. Es erübrigt sich deshalb die Unterstellung der Vulkanisierbetriebe unter den Schutz des § 7.

Herr Lindemann will aber etwas anderes. Er hält die Gesundheitsgefahren in diesen Anlagen für so gering, daß von einer „etwaigen“ Gesundheitsgefährdung keineswegs noch zu sprechen ist. Durch wichtige technische Verbesserungen ist erreicht, daß Arbeiter bei der Handhabung mit Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefeldämpfen nicht stärker gefährdet sind als in irgendeiner anderen Arbeitergruppe. Diese Feststellung gründet sich auf Angaben sämtlicher größeren Kautschukindustriellen und wird durch die Unfall- und Krankenziffern in diesen Anlagen bestätigt.

Dieser Behauptung fügt Herr Lindemann die weiteren an, daß Schwefelkohlenstoff heute durchgängig durch andere Mittel ersetzt ist und daher die Verordnung vom 1. März 1902, die damals eine „gewisse“ Berechtigung hatte, revidiert werden muß. Die Arbeiter in Vulkanisierungsbetrieben müssen ebenso lange arbeiten wie in anderen Abteilungen. Die Kautschukindustrie Deutschlands muß von einengenden Bestimmungen und Maßnahmen der Reichsbehörden befreit bleiben.

Soweit die Ansicht des Herrn Lindemann.

Wir hatten schon einmal Gelegenheit, uns mit diesem Vertreter nackter Kapitalinteressen im „Proletarier“ zu beschäftigen. In der Nummer 4 vom 28. Januar 1922 bemängelten wir, daß die für alle Interessenten arbeitende Augenhandelsstelle Kautschuk von dem Geschäftsführer der Produzenten, der deutschen Kautschukindustrie, geleitet wurde, was in allen anderen Augenhandelsstellen verpönt war. Selbst die Regierung nahm Anstoß an der Geschäftsführung des Herrn Lindemann und entthronte ihn seines Postens. Die Augenhandelsstelle setzte aber bei der Regierung durch, daß Herr Lindemann auf seinem Posten wieder bestätigt wurde, weil der Betrieb in diesem Stadium von einem Fremden nicht sofort übernommen werden konnte und auch der Stellvertreter des Herrn Lindemann nicht die Einsicht in die Geschäfte hatte, einen reibungslosen Fortgang zu garantieren. Herr Lindemann triumphierte damals mit Hilfe einiger Arbeiterstimmen über die Regierung und wendete sich namentlich gegen den allernotwendigsten Gesundheitschutz der Arbeiter.

Er bekämpft die Verordnung vom 1. 3. 1902. Ehe die damalige kaiserliche Regierung sich zu solchen Maßnahmen herbeiliess, mußten schon mörderische Verhältnisse nachgewiesen werden. Lindemann sagt aber, daß damals nur eine „gewisse“ Berechtigung vorgelegen habe. Heute ist das überholt. Die Gummi-Industrie braucht eine gleiche Arbeitszeit für alle Abteilungen, das ist die achtstündige. Sie muß aber auch von den einengenden Bestimmungen des § 7 befreit bleiben, muß also die zehnstündige Arbeitszeit haben.

Über Herr Lindemann! schrieb nicht einer Ihrer Kollegen am 18. Januar 1924 in der „Gummi-Zeitung“, daß er auf

Grund praktischer Erfahrungen Anhänger der achtfundigen Arbeitszeit gemorden und daß der Achtfundentag das Gebotene für die Gummi-Industrie sei?

Herr Lindemann gibt sich aber noch mehr Blößen. Nach seiner Angabe sind die technischen Verbesserungen zur Abwehr von "etwaigen" Gesundheitsgefahren durch Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefeldämpfe so weit vorgeschritten, daß von einer Gesundheitsgefährdung nicht mehr die Rede sein kann; es kommt aber hinzu, daß mit Schwefelkohlenstoff nicht mehr gearbeitet wird.

Warum, Herr Lindemann, die Verbesserungen zur Abwehr, wenn mit Schwefelkohlenstoff nicht mehr gearbeitet wird? Wo ist der Schwefelkohlenstoff ausgeschaltet und durch was wird er ersetzt? ... Die Gummi-Industrie kann sich zu ihrem aggressivsten Syndikus gratulieren, er nimmt ihre Interesse gehörig wahr und verwendet das ihm zugestellte Material pflichtgemäß.

Der Artikel Lindemanns bewegt sich zwar in dieser Richtung. Er gehört aber zu den Erzeugnissen, die das Böse wollen und das Gute schaffen, denn in seiner Ignorierung der tatsächlichen Verhältnisse und seinem Wunsche zur Beseitigung der Schutzverordnung schießt er so weit über das Ziel hinaus, daß er von Fachleuten nicht ernst genommen werden kann.

Das Kollabieren zwischen Deutschland und Frankreich.

Als Ende des Krieges hatte Deutschland ein Kollabiermonopol, nach dem Verfall des Elbstal-Lohnringens ging ihm dieses Monopol verloren. Die Produktion der elbstal-löhningischen Kollabierwerke hat sich in den Nachkriegsjahren gemäßig erhöht. Sie betrug 1913 350 000 Tonnen (in Rohschmelz), jedes Jahr brachte aber eine gewaltige Steigerung.

Leidenschaft in der Sprengstoff-Industrie des Auslandes.

Dem "Sonntags" vom 9. September 1924 entnehmen wir, daß in einer italienischen Feuerwerksfabrik in der Provinz Arezzo, 20 Meilen von Arezzo entfernt, eine schwere Explosion stattfand.

Am 11. September brachte der "Sonntags" eine Notiz, daß in Japan bei der Herstellung in der Utschida-Fabrik in einer Sprengstoff-Fabrik des Bezirks C VII, das zur Erzeugung von Sprengstoff bestimmt war, eine Explosion stattfand.

Während der Kollabierzeit dieser Jahre ereignete sich folgende Explosion aus dem Grund einer Pulverfabrik in Frankreich ereignete sich eine Explosion. Mehrere Arbeiter wurden getötet und viele andere verletzt.

Es ereignete sich auch in der Schweiz in der schweizerischen Sprengstoff-Fabrik in der Schweiz eine Explosion. Mehrere Arbeiter wurden getötet und viele andere verletzt.

Schwere Kasse.

Am 31. August d. J. wurde die Kasse eines bei der Firma E. Kollabier in der Provinz Arezzo, 20 Meilen von Arezzo entfernt, eine schwere Explosion stattfand. Mehrere Arbeiter wurden getötet und viele andere verletzt.

Explosion einer Schwefelkammer.

In der chemischen Fabrik Rheinisch-Bonischer ereignete sich eine schwere Explosion. Mehrere Arbeiter wurden getötet und viele andere verletzt.

Reparaturen in der Nähe der Schwefelkammer beschäftigt, als die plötzlich explodierte. Durch die herbeiströmenden Schwefelgase wurden sechs Arbeiter nicht unerheblich verletzt. Zwei der Verletzten sind ihren schweren Brandwunden erlegen.

Papier-Industrie

Blumenschein.

Mit Datum vom 7. 8. 1924 erhielten die Gauleitungen unserer Gaue 9 und 10 ein Schreiben, gezeichnet Blumenschein, in dem sich u. a. folgende Sätze befinden:

„Darüber hinaus machen wir Sie von vornherein darauf aufmerksam, daß auch bei Ablauf der noch bestehenden Arbeitszeitabkommen die Betriebe in Anbetracht der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse unter keinen Umständen in der Lage sein werden, dem Ansinnen auf Reduzierung der derzeitigen Arbeitszeit und auf Wiedereinführung des reinen Achtfundentages zu entsprechen.“

Leidenschaft

Ist wohl eine gute Erweckerin schlummernder Eigenschaften, sowohl der guten wie der schlechten. Wenn jedoch die Leidenschaft stärker ist als die Vernunft, dann

irrt

in der Regel der von ihr Beherrschte, denn sie macht blind. Um nicht schwere Fehler zu begehen, müssen wir beständig bestrebt sein, uns zur Besonnenheit zu erziehen. Stets soll die

Klugheit

und die ruhige Überlegung unser Handeln leiten. Wer diesen Voratz sich zum Prinzip macht, dem bleiben viele bittere Stunden erspart. Leidenschaft

führt

wohl vorübergehend auch einmal zu Erfolgen, jedoch ohne Dauer. Strohhofener flammen rasch auf, um ebenso rasch zu verlöschen. Leidenschaft ist wünschenswert, ja sogar notwendig, doch muß sie sich der Klugheit unterordnen.

Kann kein Zweifel bestehen, daß zufolge der Neuanlage an Lössen, welche die Industrie auf sich nehmen wird müssen, auf keinen Fall eine Verringerung der derzeitigen Arbeitszeit Platz greifen kann, sondern vielmehr eine weitere Ausdehnung der verlängerten Arbeitszeit notwendig werden wird.“

Wer ist nun dieser Herr Blumenschein, dem selbst die 10- und 12stündige Arbeitszeit zur Rettung der deutschen Industrie nicht mehr genügt, werden viele Leser des "Proletarier" fragen. Herr Blumenschein ist nicht Generalsekretär der Kongoneger oder Jankassern, bei denen es weder eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, noch einen christlichen Reichsarbeitsminister mit einer Arbeitszeitverordnung gibt.

Diese Erbitterung kommt auch im Schlußsatz des erwähnten Briefes zum Ausdruck, in dem Herr Blumenschein schreibt:

„Die offene Stellenanzeige, die wir Ihnen vorstehend kundgeben, mag Ihnen ein Wink dafür sein, wie ungeheuer ernst die Situation ist, und wie Ihnen als Abwägung darüber dienen, daß Sie besser daran tun, die Arbeiterkraft in den Betrieben zu pflichtgemäßem Einsatz einzusetzen, statt die Köpfe streifen und fleißiger Leute mit Flugschlägern hegen und zänkischen Charakteren zu vergewaltigen, insbesondere mit solchen, die dem Geiste ihrer Heimatsverhältnisse treuhaft anhängen.“

Wir stellen also fest, daß Herr Blumenschein unser Flugschlag an die Papierarbeiterschaft nicht gefallen hat. Würden wir ein Flugschlag schreiben, das Herrn Blumenschein gefällt, so müßten uns die Papierarbeiter mit Recht für Dienen oder Arbeiterverräter ansehen.

Trotzdem empfehlen wir Herrn Blumenschein folgenden nach seiner Auffassung wahrscheinlich auch "hegerischen" Satz in der "Papierzeitung" Nr. 72, Jahrgang 1924, mal eifrig durchzulesen und darüber nachzudenken. In diesem Unternehmensorgan befindet sich die Mitteilung, daß für die norwegische Papierindustrie ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen ist, wobei die Arbeiter eine Tageszulage von 1,25 Kronen auf den Tag oder Schichtlohn oder 1 Krone bei Akkordlohn erhalten.

Wir haben uns die Mühe genommen, diesen Betrag in deutsche Rentenmarkwährung umzurechnen. Um von vornherein der "Heffnung" nicht wieder zum Opfer zu fallen, haben wir den "Papierkalender" zu Rate gezogen, der von Unternehmern und schließlich auch von Herrn Blumenschein nicht

als ein gemerkschaftliches Nachwerk bezeichnet werden kann. Wir finden da, daß eine norwegische Krone gleichbedeutend ist mit einer Rentenmark und 12 1/2 Rentenpfennigen. Diesen Betrag umgerechnet in den Mindestlohn für den Tagelöhner der norwegischen Papiererzeugungs-Industrie ergibt, daß die 12,75 Kronen Tagesverdienst einem Betrage von 14,84 Mk. in deutscher Rentenwährung entspricht.

In Deutschland erhält der schlechtest bezahlte Papierarbeiter denselben Betrag für eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden. Vielleicht erklärt uns Herr Blumenschein einmal, ob angesichts eines derartigen Mißverhältnisses einmüß dem Lohne des schlechtest bezahlten deutschen und norwegischen Papierarbeiters sein Anspruch auf 15 Prozent Lohnabbau noch zu rechtfertigen ist und ob unter derartigen Verhältnissen die von ihm verlangte Verlängerung der Arbeitszeit nach moralischen und sittlichen Begriffen überhaupt noch haltbar ist.

Unter Berücksichtigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der ausländischen Papiererzeugungs-Industrie kann wirklich kein Zeitungsartikel und kein Flugschlag gegen das unwürdige Verlangen der Unternehmer auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau scharf genug geschrieben sein. Besondere soziale Einsicht verlangen wir auch von Herrn Blumenschein nicht. Jeder Bauernknecht wird ihm jedoch beweisen können, daß selbst ein Pferd bei schlechter Fütterung und überlanger Arbeitszeit zugrunde gehen muß. Von den meisten Papierarbeitern diese Pferdenatur abgelehnt, ist es ganz selbstverständlich, daß sie durch die ihnen zugemutete Hungerkur bei unmenslich langer Arbeitszeit in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgehen müssen und daß infolgedessen das Verlangen der Arbeitgeber auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich gebieterisch, einem Raubbau an den Arbeitskräften der Papiererzeugungs-Industrie gleichkommt.

Industrie der Steine und Erden

Scharfmacherei.

Unter der Überschrift "Die Gewerkschaften und die Zukunft der Ziegel-Industrie" bringt die "Ziegelwelt" einen Artikel, in dem dargelegt wird, daß nur die Gewerkschaften schuld daran haben, daß die Ziegel-Industrie brachliegt und die Wirtschaft zusammengebrochen ist.

Hätten die Ziegler sich nicht organisiert - hätten die Gewerkschaften nicht immer hohe Löhne gefordert und die Arbeitsleistung eingeschränkt - dann würden die Ziegeleibesitzer zu Anfang dieser Kampagne kapitalkräftig gewesen sein, um die Betriebe in vollem Umfang zu eröffnen, sie würden billig Steine liefern können, es würde fleißig gebaut, die Wirtschaft würde allgemein belebt werden und Ziegeleibesitzer und Ziegler hätten Verdienst und Arbeit. Jedoch die Gewerkschaftspolitik will keine Belebung der Wirtschaft, sie will nur hegen - streiken - die Arbeitsleistung auf ein Mindestmaß einschränken und somit alles zusammenbrechen lassen.

Aus diesem Elend herauszukommen gibt es nur einen Weg. Die Gewerkschaften müssen verboten werden, der Achtfundentag, alle Bestimmungen der Nachkriegszeit über Arbeitsrecht und Betriebsräte müssen aufgehoben werden, Streiks sind zu untersagen. Wird in dieser Art geschlossen Front gemacht gegen die gewissenlosen hegerischen Gewerkschaften, dann wird wieder eine gute Zeit anbrechen. - So der Artikelschreiber, ein Herr Schühoff, in der "Ziegelwelt", der zum Schluß seine Ansicht dahingehend zusammenfaßt: Wird der vorgeschlagene Weg nicht beschritten, dann ist es besser, die Ziegeleianlagen auf Abbruch zu verkaufen und auf die Grundflächen Kartoffeln zu bauen.

In letzterem möchten wir Herrn Schühoff zustimmen und sogar dringend empfehlen, sein Vorhaben auszuführen. Der Kartoffelbau dürfte auf seine Nerven günstig wirken, er würde wieder Arbeit kennen und schätzen lernen und vielleicht auch zu der Erkenntnis kommen, daß der Wirtschaft mit solchen scharfmacherischen Allüren nicht gedient ist. Aber an sich vertritt Herr Schühoff einen solchen Mangel an Kenntnis der "Lur" hat, daß es um die Ziegel-Industrie tatsächlich schlimm bestellt wäre, wenn die Ansicht des Herrn Schühoff weiter um sich griffe und schließlich Allgemeingut der Unternehmer würde. Ist denn der Weisheit Schluß darin zu suchen, die menschliche Arbeitskraft auszupeinern und sie materiell dem Elend auszuliefern? Wenn darin die ganze Kunst der Wirtschaft besteht, dann wird es höchste Zeit, diese Unternehmer verschwinden zu lassen. Besonders in der Ziegel-Industrie gibt die schwere und anstrengende Arbeit den Ziegler das Recht, anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu verlangen. Wo diese berechnete Forderung der Ziegler Verständnis findet, stellt sich auch Arbeitsfreudigkeit ein, und über die Arbeitsleistung wird keine Klage erhoben. Leider hat dieses Verständnis bisher wenig Eingang bei den Unternehmern gefunden, und glaubt man noch vielfach, den Herren-Menschen heranzukommen zu können. Der Schaden, den die Wirtschaft davon hat, ist unberechenbar, und die Lente vom Schläge Schühoff jammern dann über die begehrtlichen Arbeiter, die nach ihrer Meinung Knechte sind und Knechte bleiben sollen. Daß auch der Ziegler ein Mensch ist und als solcher leben und behandelt sein will, begreifen viele Unternehmer nicht. Darum empört man sich auch, daß der Ziegler sich organisiert und durch seine Organisation sich das erringt, was ihm billigerweise freiwillig zugestanden werden müßte und so lange vorenthalten wurde.

Das wäre doch für alle rückständigen Unternehmer eine herrliche Zeit, wenn die Organisation - aber nur die der Arbeiter - verboten und jeder Streik unterlag und bestraft würde, dann könnte man doch wieder vom Morgenrot bis in die sinkende Nacht schlafen lassen, dann würde dem Ziegler keine Zeit mehr bleiben, um über seine Lage nachzudenken

und würde dem nachgeholfen mit dem berichtigten Schnapsverkauf auf Kredit, dann hätte man eine Arbeiterschaft in der Ziegler-Industrie, wie man sie willfähriger sich nicht denken kann.

Dabei halten es jene Herren für selbstverständlich, für sich das Organisationsrecht in Anspruch zu nehmen und sich der Sicherheit halber gleich mehrfach zu organisieren, so in den örtlichen Arbeitgeberverbänden, im Reichsverband, in den Verkaufsstellen usw. Diese Organisationsform kann dann zweifach verwendet werden, einmal zur Unterdrückung der Zieglerarbeit, des anderen zur Sicherung der Preise — wie man so schön sagt — gegen Außenwetter und Schmutzkonkurrenten.

Diese Art von Recht wird allerdings bei der Zieglerarbeit kein Verständnis finden, sondern härtesten Widerspruch hervorrufen. Soll die Wirtschaft gesunden, dann müssen sich die Herrschaften schon dazu bequemen, den Ziegler als gleichberechtigten im Wirtschaftsleben anzuerkennen, die Löhne und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß auch der Ziegler als Mensch leben kann. Des weiteren sind Betriebsform und Einrichtungen so zu ändern, daß die Arbeit an sich auch erträglich ist. Glauben die Ziegler-Industriellen, dem nicht nachkommen zu brauchen, dann haben sie jedes Recht verwirrt, Wirtschaftskritik zu üben.

Wenn aber Herr Schünhoff die Absicht hatte, die Zieglerarbeit in Kampfform zu bringen, so ist dabei gleichzeitig auch den Ziegler der Weg gewiesen. Ohne zwingende Not will der Ziegler keinen Kampf, will man ihn jedoch dazu zwingen, so wird er dem Kampf auch nicht aus dem Wege gehen. Die gesamte Zieglerarbeiterschaft wird daher Vorsorge treffen müssen, um in künftigen Kämpfen nicht zu unterliegen. Hütfest daher! Hütfest die Saumseligen auf! Bringt eure Mitgliedsbücher in Ordnung! Halft dem Verband auch in der schlechtesten Zeit die Treue! Werbt und agiert für den Verband der Fabrikarbeiter!

Den Ziegler zum Schutz, den Gegnern zum Trug!

M. E.

### Die Lage der Arbeiterschaft von Groß-Almerode (Kassel) und Umgebung und die Stellungnahme des Schlichters, Herrn Gewerberat Schilling (Hanau).

Seit Januar dieses Jahres kämpft die Arbeiterschaft der Ton-, Schamotte- und Schmelzgießindustrie (14 bis 15 Firmen) um einen angemessenen Lohn. Die Arbeitgebervereinigung von Groß-Almerode hat es auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse (angeblich Mangel an Aufträgen) fertig gebracht, durch ein Dekret vom 16. Januar 1924 den Stundenlohn für einen Hilfsarbeiter auf 30 Pf. herabzusetzen, während in den letzten Jahren die Löhne für Groß-Almerode den Löhnen der chemischen Industrie Kessels, welche heute 45 Pf. betragen, angepaßt waren. Die Arbeitszeit wurde auf 56 Stunden pro Woche erhöht. Auf der einen Seite Mangel an Aufträgen und auf der anderen Verlängerung der Arbeitszeit.

Durch Schiedspruch vom 17. März wurde für vier Firmen der Schmelzgießbranche der Lohn um ganze 2 Pf. pro Stunde erhöht. Von Arbeitgeberseite wurde der Schiedspruch mit der bekannten Begründung abgelehnt, während er von Arbeitnehmerseite angenommen wurde. Die am 2. April stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schlichter ergaben, daß die Arbeitgeberseite von einer Verbindlichkeitsklärung Abstand nehmen sollte, es sei nicht angängig, nur für vier Firmen Lohnerbhöhungen durchzusetzen, sondern es wurde beiden Parteien empfohlen, neu zu verhandeln für die gesamte Industrie. Die Arbeitgebervereinigung kam dem Auftrage des Schlichters nicht nach, sondern um die Gewerkschaften von jeder Verhandlung auszuschließen, wurde durch Anschlag in allen Betrieben bekanntgegeben, daß vom 1. April an der Lohn anstatt 2 Pf. nach dem Schiedspruch um 3 Pf. erhöht sei.

Am 27. Mai mußte der Schlichtungsanspruch erneut entscheiden und brachte eine Lohnerbhöhung von 10 Prozent, welcher aber von beiden Parteien abgelehnt wurde, und am 10. Juni sollte der Schlichter vermittelnd wirken. Bezüglich der Löhne wurde vom Schlichter folgendes hervorgehoben:

Nach hinsichtlich der Löhne dürfte sich eine Einigung durchaus finden lassen, wenn die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Groß-Almeroder Firmen berücksichtigt werden und besonders für die Zieglerform, für die die Möglichkeit einer Akkordarbeit nicht besteht, die Einführung eines Systems von Leistungszulagen ins Auge gefaßt wird.

Der Arbeitgebervereinigung ist es nicht im geringsten eingefallen, eine Aufbesserung der Löhne der Schmelzgießarbeiter nach dem Vorschlage des Schlichters vorzunehmen. Die Not der Arbeiterschaft von Groß-Almerode ist aber so groß (wie der Kreisarzt festgelegt hat, sind 70 Prozent der Kinder tuberkulös), daß der Schlichtungsanspruch abermals erneut angerufen werden mußte. Durch einstimmigen Schiedspruch, an welchem ein Vertreter der Groß-Almeroder Arbeitgebervereinigung selbst mitgewirkt hat, wurde der Lohn abermals um 3 Pf. pro Stunde erhöht. Wie zu erwarten war, wurde auch dieser Spruch von Arbeitgeberseite abgelehnt.

Durch Mitteilung des Schlichters vom 2. September konnte auch diesmal der Schlichter die Verbindlichkeitsklärung des Spruches mit folgender Begründung nicht verantworten:

„Wie die nochmalige Ansprache mit den Parteien ergeben hat, werden durch den Schiedspruch 12 Betriebe mit etwa 900 Arbeitern erfasst, von denen allein 500 von den Groß-Almerodern Konzerne beschäftigt werden. In diesen Betrieben arbeiten aber etwa 80 Prozent der Belegschaft im Akkord. Bei den von den übrigen 11 Firmen beschäftigten restlichen 400 Leuten arbeitet ebenfalls etwa der fünfte Teil im Akkord. Für Akkordarbeiter kommt die im Schiedspruch ausgesprochene Lohnregelung jedoch nicht in Betracht, wie von Arbeitnehmerseite auch zugegeben wurde. In der Hauptsache betrifft die Lohnregelung die Schmelzgießfabriken, meist kleine Betriebe, denen bei der derzeitigen Geschäftslage eine Lohnerbhöhung nach ihrer Angabe nicht möglich ist, so ist die Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Betriebe doch zu verschieden, als daß ein staatlicher Zwangseingriff verantwortet werden kann. Da demzufolge die Voraussetzungen, die für die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches nach Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 29. Dezember 1923 unbedingt notwendig sind, nicht vorliegen, kann dem Antrage auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches nicht stattgegeben werden.“

Ich empfehle jedoch dringend, daß die einzelnen Betriebe ihre Löhne so weit erhöhen, wie dies nach Lage der Geschäftverhältnisse überhaupt möglich ist, und erwarte von den leitenden Betrieben, daß sie die im Schiedspruch bestimmten Lohnsätze zur Auszahlung bringen.

Der Widerspruch des Schlichters, Herrn Gewerberats Schilling (Hanau), ist doch so offensichtlich. Erst nachdem im Monat März nur für die Schmelzgießbetriebe Forderungen gestellt waren und der Schlichtungsanspruch einen dementsprechenden Spruch gefaßt hatte, konnte er den Spruch für nicht verbindlich erklären, wir sollten für die gesamte Industrie verhandeln. Nachdem nun nach dem letzten Schiedspruch in der Hauptsache in der Lohnerbhöhung die Zieglerbetriebe übrig bleiben, ist ihm ebenfalls keine Möglichkeit gegeben, durch staatlichen Zwangseingriff die Verantwortung zu übernehmen.

Durch die Stellungnahme des Schlichters ist denen im Tagelohn Beschäftigten jede Möglichkeit genommen, ihre Löhne zu verbessern zu

können, und sie sind vollkommen der Unternehmerrückwärts preisgegeben.

Wie liegt die Verantwortlichkeit für die Leistungsfähigkeit der Betriebe in Wirklichkeit? Die Industrie von Groß-Almerode besitzt den Weltmarkt auf Grund Gewinnung erklaffiger Rohprodukte. Andererseits ist die Industrie stark organisiert in Bezug auf Preis-konventionen, Gestaltung der Verkaufs- und Zahlungsbedingungen und so weiter.

Die Konkurrenz der Groß-Almeroder Firmen zahlt einen weit höheren Lohn, und zwar 58 Pf. pro Stunde, während nach dem letzten Schiedspruch die Arbeitgeber für einen Hilfsarbeiter nur ganze 30 Pf. zahlen sollen. Es steht fest und ist nachgewiesen worden, daß die Konkurrenz weit höhere Löhne zahlen kann, ohne daß die Leistungsfähigkeit der betreffenden Betriebe gefährdet ist. Die Leistungsfähigkeit der Groß-Almeroder Betriebe steht weit günstiger wie die Konkurrenz in der Umgebung von Dresden. Die Firmen in Groß-Almerode liegen mitten im Braunkohlengelände, teilweise fördern die Betriebe ihre eigenen Kohlen selbst; ebenso wird der größte Teil des Rohmaterials direkt bei den Betrieben gewonnen, so daß größere Transportkosten nicht in Frage kommen, während die Konkurrenz von Dresden weit höhere Unkosten zu tragen hat. Die Arbeitgeber von Groß-Almerode verkaufen ihre Produkte keinen Pfennig billiger als die Firmen in Dresden, sie können die Ware auch nicht billiger verkaufen auf Grund der sehr hohen Konventionalkontrollen. Ergo haben die Firmen den doppelten Vorteil; erstens weit niedrigere Löhne, zweitens bedeutend geringere Geschäftskosten.

Die Öffentlichkeit kann sich somit nun selbst ein Urteil bilden über die große Verantwortlichkeit des Schlichters. Auch die Arbeiterschaft lehnt für die Zukunft jede Verantwortung ab. Die

**Wo steht der Feind?**

die Arbeiterschaft durch geistige Einheit verbunden ist, die nur erreicht werden kann durch gegenseitiges Lehren und Lernen in der Organisation, wo dieser Einheit keine andere geistige organisationszerstörende Strömung entgegen-

da ist diese Organisation ein festes Bollwerk, das der Arbeiterschaft Schutz bietet gegen den Todfeind aller sozialen Tendenzen, den Kapitalismus,

**der Feind?**

jede Blöße und Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation auszunützen, gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft zum Schlage ausholt. Hat die Arbeiterschaft sonst keinen

„Doch! Das ist der Unverstand der Massen“, der durch fortgesetzte Aufklärung und Belehrung überwunden werden muß.

sonderbare Stellungnahme des Schlichters für Groß-Almerode ist nicht der erste Fall, auch von einer Reihe anderer Industrien sowie anderer Bezirke, sind Klagen vorhanden, und es ist dringende Aufgabe des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, daß sobald wie möglich Abhilfe geschaffen wird, wenn die Arbeiterschaft nicht, elend zugrunde gehen soll.

In guten Empfehlungen von Seiten des Schlichters an die Herren Arbeitgeber fehlt es nicht, die Arbeitgeber sind aber so gut organisiert, daß sie auf die dringenden Empfehlungen pfeifen, was dem Schlichter selbst zur Genüge bekannt ist. Die Arbeitgeber haben nur eins im Auge, und das ist der Profit. Für Verkauf von Wollen und Automobile ist Geld genügend vorhanden, nur für die Arbeiterschaft nicht.

Aber die Arbeiterschaft von Groß-Almerode sagt sich: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“ Es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft alles weht macht, was sie durch den Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse hat dulden müssen. Die Arbeiterschaft wird alle Vorbereitungen treffen, alles bis auf den letzten Mann organisieren; sie hat erkannt: „Nur Einigkeit macht stark!“

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Vom „van-den-Bergh-Konzern“.

Wir haben wiederholt im „Proletarier“ zu der Arbeitsweise in der Margarine-Industrie Stellung genommen und darauf verwiesen, welchen wirtschaftlichen Nachteilen die Arbeiterschaft durch die starken Schwankungen des Beschäftigungsgrades in diesem Industriezweige ausgesetzt ist. Die Margarine-Industrie ist mehr als andere Industriezweige auf bestimmte Bezirke konzentriert, die wirtschaftlich zum wesentlichen Teile von ihr abhängen und in denen es Arbeitsmöglichkeiten größeren Umfangs in anderen Industriezweigen nicht gibt. In diesen Orten gehört auch die Stadt Kleve. Hier hat der van-den-Bergh-Konzern seinen Hauptbetrieb für Deutschland. Die Leitung dieses Betriebes hat es verstanden, durch ihren Einfluß andere Industriezweige nach Möglichkeit von Kleve fernzuhalten, und so ist die Arbeiterschaft von Kleve und Umgegend auf Cebeid und Verderb mit der Margarine-Industrie verbunden.

In der Vorkriegszeit wurde dieser Zustand für die Arbeiterschaft nicht so fühlbar. Die Margarine-Industrie brauchte eine Anzahl ständiger Arbeiter, da die Produktion Schwankungen im heutigen Umfange nicht kannte. Der Krieg und seine Folgen und namentlich die seit Beginn der Ausbreitung von den Besatzungsbehörden getroffenen Maßnahmen wie Verkehrsperre, Ausfuhrschwierigkeiten aus dem besetzten Gebiet usw., wirkten sich für den Ort Kleve geradezu katastrophal aus. Im äußersten Grenzwinkel, nahe der holländischen Grenze gelegen, machten sich auch die Inflationserscheinungen viel schlimmer bemerkbar als im übrigen Deutschen Reich. Aber die Grenze kommende Holländer kauften der Bevölkerung das Notwendigste zum Leben für ein paar Cent weg, und die ansässige Arbeiterschaft konnte mit ihren entwerteten Papierfetzen mit dem besten Willen nichts anfangen. Die unzureichende Entlohnung wirkte in dieser Ecke viel schlimmer als im übrigen Reich, und wiederholt kam es zu schärfsten Differenzen zwischen Betriebsleitung und der Arbeiterschaft. Die ungeheure Not trieb die Arbeiterschaft zu Verzweiflungstakten wie Arbeitseinstellungen usw. Bei den hierdurch notwendig gewordenen Verhandlungen wurde seitens der Firmen-

vertreter oft betont, daß man volles Verständnis für die Notlage der Arbeiterschaft habe, leider liege es nicht in ihrer Macht, die ungeheure Not zu beseitigen. Inzwischen scheint bei den Herrschaften das Verständnis für den Hunger und für das Elend, das die Arbeiterschaft während der Ruhraktion durchmachen mußte, verschwunden zu sein. Die Ruhraktion benutzten die Arbeitgeber dazu, ihre Betriebe technisch vollständig umzustellen, so daß heute mit einer bedeutend geringeren Arbeiterzahl daselbe Quantum Ware hergestellt werden kann als in der Vorkriegszeit. Außerdem ist es dem Konzern leicht möglich, infolge der Verteilung seiner Betriebe über das ganze Deutsche Reich, seine Produktion zu verschieben, und so wurden in Kleve bei einem nach Ansicht der Arbeiterschaft zum Teil künstlich herbeigeführten Produktionsmangel zwei Drittel der Arbeiter auf die Straße gesetzt. Da andere Arbeitsmöglichkeiten größeren Umfangs nicht vorhanden sind, werden die Arbeiter so gezwungen, Haus und Hof zu verlassen und abzuwandern, oder aber sie werden ein gefügiges Werkzeug der Direktion. Rücksichtslos wird die Verfestigung verschiedener Verordnungen auf sozialem Gebiet ausgenutzt und Ende 1923 rund 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Die Arbeiterschaft ist der Auffassung, daß die Betriebsleitung Vergeltung üben will für die Verzweiflungsausbrüche, zu denen die Arbeiterschaft während der Inflationsperiode des öfteren gezwungen hat. Alle Bemühungen der Organisationsleitungen und Betriebsvertretungen durch Verhandlungen diese Maßnahmen wenigstens abzuschwächen, blieben erfolglos, obwohl die Möglichkeit hierzu durch Arbeitsstreckung gegeben war. Aber nicht nur durch Verschiebung der Produktion im Deutschen Reich wurde hier eine künstliche Produktionsstocung herbeigeführt. In die Margarinefabrikanten wiederholt gegen die Einfuhr von Margarine energig Stellung genommen haben, gingen die Konzerne selbst dazu über, Margarine aus Holland einzuführen.

Den Organisationsleitungen ist bekannt, daß der Konzern gerade zu der Zeit, als im Betriebe in Kleve Produktions-einschränkungen vorgenommen wurden, bedeutende Mengen Margarine aus seinen ausländischen Fabriken nach Deutschland hereinbrachte. Wenn geltend gemacht wird, daß die Margarine im Auslande billiger hergestellt wurde als in Deutschland, so lag das wirklich nicht an den hohen Löhnen der deutschen Arbeiter. Durch einen Vergleich ist sehr leicht festzustellen, daß die Löhne der deutschen Margarinearbeiter seit langer Zeit immer bedeutend niedriger waren als die Löhne im Auslande. Nach einer Krise setzte dann vorübergehend eine kurze Hochkonjunktur ein, die sofort wieder nachließ, als die Arbeitsbedingungen nicht im Sinne des Konzerns geregelt wurden. Weitere Entlassungen war die Folge. Zu gleicher Zeit konnte festgestellt werden, daß in einer rheinischen Großstadt eine Riesenladung Margarine per Schiff des betreffenden Konzerns angeliefert wurde, die ebenfalls wieder vom Ausland stammte. In letzter Zeit ist der Konzern nun auch noch dazu übergegangen, seine Rohstoffe vom Ausland einzuführen. Das hatte zur Folge, daß eine Ölfabrik dieses Konzerns ebenfalls in diesem Bezirk stillgelegt wurde, und weitere 300 Arbeiter kamen zur Entlassung. Auch hier wird wieder geltend gemacht, der Konzern könne die Öl billiger einführen, als sie in Deutschland hergestellt werden. Aber auch da muß betont werden, daß die Löhne in der Ölindustrie bei uns bedeutend niedriger sind als im Auslande.

Während der Inflationsperiode hat sich die Arbeiterschaft damit getrostet, daß es besser wird, sobald wir wieder in stabile Verhältnisse hineinkommen. Die Schwankungen der Inflation sind seit zirka 3/4 Jahren überwunden, aber ein stabiles Arbeitsverhältnis in der Margarine-Industrie ist noch nicht eingetreten. Namentlich nagen die großen Konzerne ihre Macht rücksichtslos aus und verschoben die Produktion, wie es ihnen gerade paßt. Soziale Rücksichten oder Rücksichten darauf, daß die ganze Wirtschaft bestimmter Orte auf die Margarine-Industrie eingestellt ist, spielen für diesen Konzern, dessen Leitung vorwiegend in den Händen von Holländern liegt, keine Rolle. Privatinteresse und Gewinn sind ausschlaggebend, so will es die kapitalistische Wirtschaft. Da taucht die Frage auf: Wie lange wird sich die Allgemeinheit dieses Treiben derartiger Konzerne noch gefallen lassen? Wer, wie die Margarine-Industrie, auf den Massenkonsum angewiesen ist, der hätte allen Grund, derartige Produktionen zu vermeiden und etwas mehr Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter zu nehmen. Versuch doch dieser Konzern seine neue Marke „Schwan im Blaue Band“ durch riesenhafte Reklame auch in Arbeiterkreisen zu empfehlen.

Leider ist die Arbeiterschaft dieser Betriebe an den Umständen nicht ganz schuldlos. Früher verfügten wir in den van-den-Bergh-Betrieben über ein gutes Organisationsverhältnis. Auf Grund dieser streifen Organisation war es möglich, so manchen Vorteil für die Arbeiterschaft herauszubekommen. Das hat sich in letzter Zeit geändert. Es gab auch in Kleve Leute, die der Ansicht sind, daß sie keine Organisation brauchen, oder, daß sie die Vorteile der Organisation ja doch genießen, einerlei ob sie Mitglied sind oder nicht. Sie sind durch oben angeführte Tatsachen recht bald eines anderen belehrt worden. Hoffentlich ziehen sie aus den Tatsachen die richtigen Schlüsse und kehren wieder geschlossen zur Organisation zurück. Es gibt zur energigsten Interessenvertretung der Arbeiterschaft gegenüber dem getorganiserten Kapitalismus nur ein Mittel, und das ist ein einheitlicher Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Mögen das auch die Margarinearbeiter in Kleve beherzigen.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Ein kommunistisches Gedächtnis.

„Der kommunistische Gewerkschafter“ Nr. 13 (September 1924) beschäftigt sich mit „Betriebszellen und Gewerkschaftsarbeit“. Es heißt da unter anderem:

„Die Massen verlangen heute nicht mehr Kritik, sondern von den Kommunisten den Beweis, daß sie in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter besser zu vertreten als die Reformisten.“

Sind die Gewerkschaftsfraktionen heute so organisiert, daß sie diese Aufgaben erfüllen können? Tatsächlich ist

